**Anfrage der Gruppe PIRATEN vom 26.03.2022 für die Sitzung des Kreistages am
07.04.2022**

Situation und Beschäftigung von Geflüchteten aus der Ukraine

1. Stehen im Landkreis Mettmann aktuell Unterkünfte für Vertriebene zur Verfügung, die zeitnah genutzt werden können? Wenn ja: Wo befinden sich diese Unterkünfte? Über welche Aufnahmekapazitäten verfügen sie? Wenn nein: Welche Maßnahmen unternimmt der Kreis Mettmann aktuell, um sich auf die absehbaren Anforderungen vorzubereiten?

Die aktuelle Situation fordert allen Ebenen der Verwaltung, Netzwerken und Hilfsorganisationen zusätzlich zur jeweiligen Coronalage zielgerichtete Handlungen ab. Für die Unterbringung und existenzielle Absicherung von Geflüchteten – auch aus der Ukraine – sind die kreisangehörigen Städte zuständig. Seit Beginn der kriegerischen Handlungen in der Ukraine sind die Städte auf dem Gebiet der Organisation und dem Ausbau von Unterbringungskapazitäten unterwegs. Die Städte planen aktuell immer weitere Kapazitäten, um den weiteren Entwicklungen des Zustroms gerecht zu werden. Derzeit können alle ankommenden und zugewiesenen Personen durch die Städte untergebracht werden. Das Kreissozialamt unterstützt die örtlichen Sozialämter aktiv und stellt auch die Rückkopplung der Sachlage in den Krisenstab sicher. Auf der Landesebene werden derzeit die Zuweisungs- und Verteilmechanismen geschärft. Hierdurch werden klarere und verbindlichere Planungsgrundlagen für weitere Kapazitätserweiterungen erwartet. Eine Übersicht der Unterkünfte liegt bei der Kreisverwaltung nicht vor.

2. Liegen der Verwaltung Erkenntnisse vor, wie sich von Seiten des Landes die Verteilung der aus der Ukraine vertriebenen Menschen gestalten und deren Status bewertet wird?

Durch die Aktivierung der EU-Massenzustromrichtlinie ist für die Geflüchteten aus der Ukraine ein grundsätzlicher Aufenthaltsstatus nach § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) gegeben. Damit erfolgt eine leistungsrechtliche Zuordnung zum Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in der Zuständigkeit der kreisangehörigen Städte.

Die Verteilung bzw. Zuweisung der Geflüchteten erfolgt aktuell über die sog. „Pufferzentren“ auf Landesebene direkt in die kreisangehörigen Städte. Darüber hinaus werden auf der örtlichen Ebene regelmäßig Fälle bekannt, die in privaten Situationen untergebracht sind und so in die leistungsrechtliche Zuständigkeit der Städte bzw. zur Unterbringung vorstellig werden.

Die abschließenden Regelungen stehen aktuell – wie unter 1 dargestellt – noch aus.

3. Auf der oben genannten Informationsseite des Kreises Mettmann wird kein Ansprechpartner für diese Themen genannt. Wen kann ein ukrainischer Flüchtling kontaktieren, wenn er Fragen hat. Der Gruppe Piraten liegt ein Fall, in der dem Flüchtling mitgeteilt wurde, dass an diesem Arbeitstag kein Ansprechpartner anwesend war - und er am Folgetag sein Glück versuchen sollte. Was tut der Kreis um sicherzustellen, dass an jedem Wochentag und ggf. auch am Wochenende geeignete Ansprechpartner für diesen Personenkreis zur Verfügung stehen?

Den Geflüchteten stehen die zuständigen Ansprechpartner der örtlichen Sozialämter und Ordnungsämter zur Verfügung. Alle Verantwortlichen sind bemüht, den Geflüchteten, Angehörigen und auch engagierten Ehrenamtlichen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Einen zentralen Ansprechpartner für alle denkbaren Belange der Geflüchteten gibt es – auch aufgrund verschiedener Zuständigkeiten – nicht. Sowohl die Städte als AsylbLG-Behörden, als auch das Ausländeramt des Kreises Mettmann und auch die Akteure auf den Gebieten des Ehrenamtes, der Integration und des Gewaltschutzes stehen jederzeit zur Verfügung und nehmen Verweisberatungen vor. Die Informationen auf der Homepage des Kreises Mettmann werden fortlaufend aktualisiert (zuletzt am 28.03.2022). Dort finden sich auch weiterführende Links.

4. Wo findet ein ukrainischer Flüchtling Informationen, der ggf. als Vertriebener im Rahmen des Bundesvertriebenengesetzes einzuordnen ist?

Die Regelungen des Bundesvertriebenengesetzes werden von hieraus als nicht einschlägig betrachtet. Konkrete Fallgestaltungen sind nicht bekannt und entsprechende Anträge müssten beim Bundesverwaltungsamt gestellt werden.

5. Damit ein ukrainischer Flüchtling Anspruch auf Krankenversicherung hat, ein Bankkonto beantragen kann, ein Mobilfunkvertrag abschließen kann, etc., benötigt er eine Meldeadresse. Mit welcher Dauer kann ein ukrainischer Flüchtling rechnen, bis diese Beantragung abgeschlossen ist?

Die melderechtliche Erfassung der Geflüchteten obliegt den Einwohnermeldeämtern der kreisangehörigen Städte. Grundsätzlich können auch die Anschriften städtischer Unterkünfte als Meldeanschrift verwendet werden. Es wird angenommen, dass bei den Meldeämtern aufgrund des hohen Andrangs mit Wartezeiten zu rechnen ist. In einigen Städten ist es möglich, online einen Termin zu vereinbaren.

Leistungsrechtlich fallen die Geflüchteten in den Rechtskreis des AsylbLG. Damit ist auch eine Absicherung der medizinischen Grundversorgung verbunden. Sofern ein Bankkonto erforderlich wird, stehen bei diversen Bankinstituten für die betreffende Personengruppe unkomplizierte Kontoeröffnungen zur Verfügung.

6. Wenn Unternehmen aus der Region, Mitarbeiter aus der Ukraine nach Deutschland holen: wo können die Unternehmer Informationen finden, z.B. über Möglichkeiten einer korrekten Weiterbeschäftigung dieser Menschen?

Wer einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) hat, darf einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Diesen Anspruch haben

- Ukrainische Staatsangehörige, die vor dem 24. Februar 2022 ihren Aufenthalt in der Ukraine hatten,
- Staatenlose und Staatsangehörige anderer Drittländer als der Ukraine, die vor dem 24. Februar 2022 in der Ukraine internationalen Schutz oder einen gleichwertigen nationalen Schutz genossen haben,
- Familienangehörige der unter 1. und 2. genannten Personengruppen,
- Staatenlose und Staatsangehörige anderer Drittländer, die nachweisen können, dass sie sich vor dem 24. Februar 2022 auf der Grundlage eines nach ukrainischem Recht erteilten gültigen unbefristeten Aufenthaltstitels rechtmäßig in der Ukraine aufgehalten haben, und die nicht in der Lage sind, sicher und dauerhaft in ihr Herkunftsland oder ihre Herkunftsregion zurückzukehren.

Voraussetzung ist die Registrierung sowie die Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis. Im Kreis Mettmann erhalten die Antragsteller im Rahmen des Termins zur Registrierung eine Fiktionsbescheinigung mit dem Hinweis „Erwerbstätigkeit erlaubt“.

7. Wenn in der Ukraine ansässigen Mitarbeiter von Unternehmen aus der Region hier vor Ort weiter ihre Tätigkeiten verrichten möchten, dann können Sie dies erst nach einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Registrierung tun. Mit welcher Dauer muss ein Unternehmer bei diesem Vorgang rechnen - und was tut die Kreisverwaltung, um diese möglichst gering zu halten?

Eine Registrierung ist ausschließlich beim Ausländeramt möglich. Für die Registrierung ist eine so genannte PIK-Station erforderlich. Dabei handelt es sich um ein Ensemble verschiedener Geräte. PIK steht für Personalisierungs-Infrastruktur-Komponente.

Das Ausländeramt verfügt – wie nahezu alle Ausländerbehörden – über lediglich eine PIK-Station. Eine weitere wurde bestellt; die Lieferung steht aus.

Die Registrierung ist ausgesprochen zeitaufwändig, so dass es mehrere Wochen dauern wird, alle bislang Eingereisten auf diese Weise zu erfassen. Um Erwerbstätigkeiten zügig ermöglichen zu können, sollten dem Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis neben einer Fotokopie des Nationalpasses auch eine Fotokopie des Arbeitsvertrages (ggf. in Übersetzung) oder andere Belege für die beabsichtigte Beschäftigung beigelegt werden.